

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und KO Mag. Markus Sint

betreffend:

**Tirol sozialer machen:
Sozialleistungen an Teuerung anpassen!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Tiroler Landtag spricht sich dafür aus, alle Sozialleistungen im Zuständigkeitsbereich des Landes Tirol mit Wirksamkeit ab 01. Januar 2022 rückwirkend an die Teuerung anzupassen. Aus diesem Grunde wird die Landesregierung aufgefordert, ehestmöglich alle dafür notwendigen Schritte in die Wege zu leiten und die entsprechenden Regierungsanträge dem Tiroler Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, auf die Bundesregierung mit dem Ziel einzuwirken, die Anpassung an die Teuerung auch bei Sozialleistungen im Zuständigkeitsbereich des Bundes zu veranlassen.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales** sowie dem **Finanzausschuss** zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

Die wichtigsten Sozialleistungen auf **Landesebene** stellen die *Mindestsicherung*, die *Betreuungs- und Pflegedienst* sowie die *Kinder- und Jugendhilfe* dar. Nicht zu vergessen sind aber auch beispielsweise Unterstützungsleistungen wie der *Heizkostenzuschuss* oder die *Schulstarthilfe*.

Auf **Bundesebene** sind hier zu nennen: *Pensionen und Renten*, *Arbeitslosenleistungen* (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe), *Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)* – Familienbeihilfen und Kinderbetreuungsgeld, *Bundespflegegeld*, *Studienbeihilfe*.

Und all diese Leistungen verlieren real an Wert, wenn sie nicht an die Inflation angepasst werden.

Die Inflationsrate für Februar 2022 beträgt voraussichtlich 5,9%, wie aus aktuellen Berechnungen von Statistik Austria im Rahmen einer Schnellschätzung hervorgeht. Gegenüber dem Vormonat steigt das Preisniveau voraussichtlich um 1,3%. Steigende Treibstoff- und Energiepreise heizen die Inflation derzeit weiter an.¹

AK-Chefökonom Markus Marterbauer rechnet damit, dass sich das nicht so schnell ändern wird, die monatlichen Teuerungsraten könnten sogar zweistellig werden. „*Wir werden wahrscheinlich in den nächsten Monaten eher in Richtung zweistellig oder zehn Prozent Inflation kommen bei den Monatswerten*“, sagte der AK-Ökonom.²

Von der Miete bis zur Milchflasche: Über die Monate und Jahre werden Produkte teurer und es steigen die Kosten für die Lebenshaltung, die in Tirol extrem hoch sind, im Verhältnis zu den im Österreichvergleich sehr geringen Einkommen. Von einem Euro können wir heute viel weniger kaufen als vor einigen Jahren. Diese Inflation senkt die Kaufkraft. Personen mit geringem Einkommen können das nur schwer verkraften und sind von der Teuerung besonders betroffen. Doch viele Sozialleistungen werden nicht an die Inflation angepasst.³

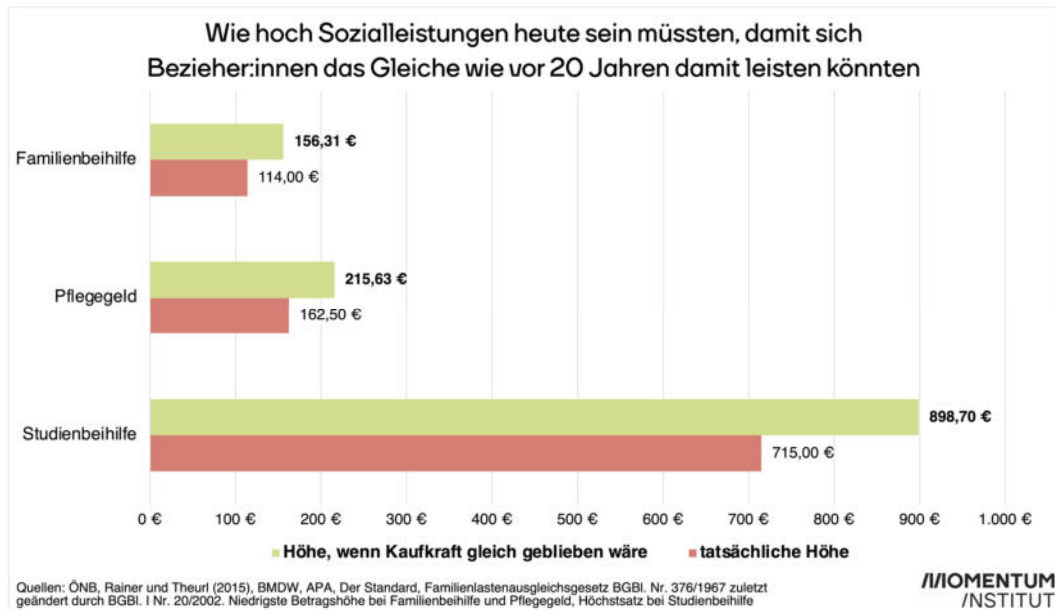
Das Momentum Institut hat drei nachvollziehbare Argumente festgeschrieben, warum es Zeit ist, das zu ändern:

¹ Siehe „*Inflation im Februar 2022 laut Schnellschätzung voraussichtlich bei 5,9%*“, Statistik Austria, 02.03.2022

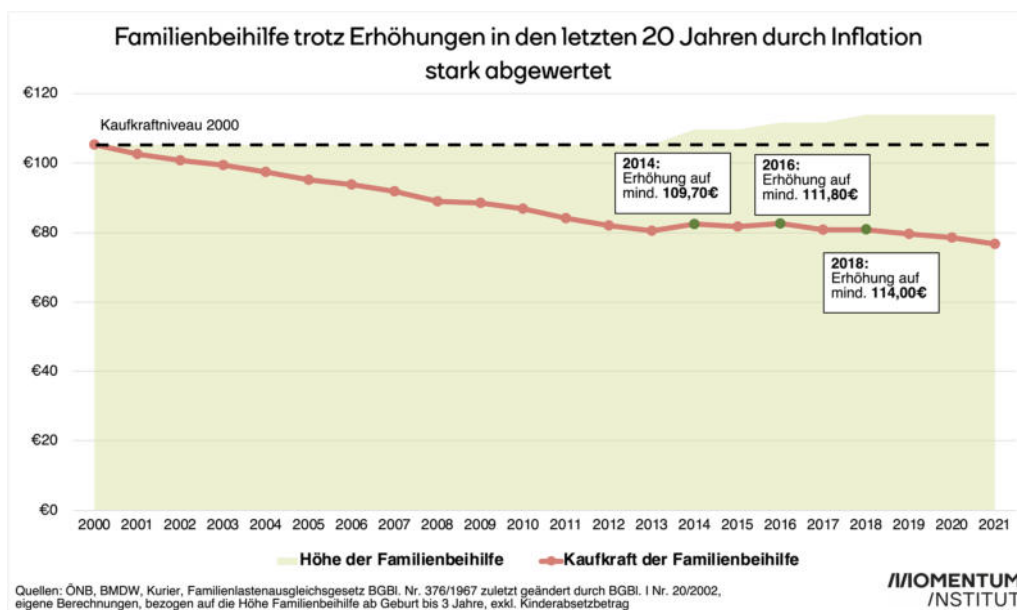
² Siehe „*AK-Chefökonom warnt: Monatliche Inflation könnte bald zweistellig sein*“, Kronen Zeitung, 03.03.2022

³ Siehe „*Warum Sozialleistungen an die Teuerung angepasst werden sollten*“, Momentum Institut, 04.01.2022

1. Sozialleistungen verlieren Jahr für Jahr an Wert:



2. Erhöhungen reichten nie, um Wertverlust auszugleichen



3. Kopplung an die Inflation verhindert Willkür der Politik

Ob und wann Sozialleistungen wie die Familienbeihilfe erhöht werden, entscheiden die Mehrheiten im Parlament - also in der Regel die Mehrheit hinter der Regierungskoalition. Wenn die gerade regierenden Politiker kein Interesse daran haben, Beihilfen zu erhöhen, dann passiert auch nichts.⁴

⁴ Siehe „Warum Sozialleistungen an die Teuerung angepasst werden sollten“, Momentum Institut, 04.01.2022

Auf diese schwierige Ausgangssituation muss ehestmöglich reagiert werden. Die Landesregierung wird aus diesem Grunde aufgefordert, hier ehestmöglich tätig zu werden. Eine Anpassung der Sozialleistungen soll kommen, sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene,

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich daraus, dass auf Grund der aktuellen und erwartbaren künftigen Teuerungen massiver Handlungsbedarf im Bereich der Höhe der Sozialleistungen besteht.

Innsbruck, am 10. März 2022